

Grand Conseil - Grosser Rat

Les dernières nouvelles - Die aktuellsten Mitteilungen

www.plrf.ch



Worte des Fraktionspräsidenten
Romain Collaud



Bewältigung der Covid-19 Pandemie -
Maurice Ropraz
Staatsrat



KAE für Firmenchefs und Unternehmer -
Nadine Gobet



Reform der Pensionskasse
- Claude Brodard

Worte des Fraktionspräsidenten — Romain Collaud

Meine Damen und Herren,

Liebe FDP-Freunde,

Wir haben eine gigantische Session mit der Reform der Pensionskasse des Staatspersonals sowie mit allen dringenden Massnahmen betreffend Covid-19 erlebt.



Die FDP-Fraktion hat sich sehr für die Unterstützung der KMUs und Selbständigerwerbenden eingesetzt und hat erreicht, dass die Beträge für die Führungspersonen rückwirkend erhöht werden. Die Reform der Pensionskasse des Staatspersonals hat uns auch zwei Vormittage beschäftigt. Ich gratuliere unserem Grossrat Claude Brodard, welcher die Diskussionen als Kommissionssprecher mit Bravour geleitet hat. Jetzt gilt es, dieses ausgeglichene Projekt vor der Bevölkerung

zu verteidigen.

Schliesslich benutze ich die Gelegenheit, unseren zwei neuen Grossräten, Savio Michellod und Charly Cotting, zu gratulieren. Herzlich willkommen und viel Spass in unserer Fraktion. Ein grosses Dankeschön geht auch an Yvan Hunziker und Sylvia Baiutti für ihren Einsatz. Alles Gute für die Zukunft.

Ich wünsche allen im Namen der FDP-Fraktion einen ausgezeichneten Sommer, dies mit meinen herzlichen Grüssen.

Bewältigung der Covid-19-Pandemie — Maurice Ropraz, Staatsrat



Seit Ende Februar hat der Staatsrat festgestellt, dass die üblichen Strukturen des Staates allein die Gesundheitskrise, die über unser Land eingebrochen ist, nicht bewältigen können. Am 13. März hat der Staatsrat auf Vorschlag der Sicherheits- und Justizdirektion ein kantonales Führungsorgan (Task Force Covid 19) einberufen, um die Bewältigung der Krise auf kantonaler Ebene zu koordinieren. Eine breite Task Force, welche selbstverständlich die Gesamtheit des kantonalen Gesundheitssystems sowie der üblichen Unterstützungskräfte (Polizei, Zivilschutz, Armee, usw.) einbezog, aber auch alle anderen betroffenen Akteure ob staatlich, halbstaatlich oder private.

Die umfangreiche Umsetzung dieses operationellen Netzes ist der wichtigste Schlüssel im Kampf gegen dieses Virus. Sie hat auch die so unterschiedlichen Leistungen wie auch die verschiedenen Hotlines im Dienste der Bevölkerung und der Unternehmen, den Kauf des Schutzmaterials, den Beistand der Opfer und Überlebenden, die Anwendung und die Kontrolle

der Massnahmen des Bundes im täglichen Leben, die Kommunikation und die Prävention, die Führung eines Job-Centers Covid-19 oder die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Oberämtern, aber auch das Gesellschaftsleben und die Unternehmen koordiniert.

Um diese gewaltige Herausforderung anzunehmen, musste diese alles entscheidende Tugend in der Welt der Unternehmen unter Beweis gestellt werden: die Flexibilität. Die Sicherheits- und Justiz-Direktion ist eine der Direktionen, welche am meisten menschliche Ressourcen und Kompetenzen in die Task Force gesteckt hat. Als Mitglied der Covid-19-Delegation des Staatsrats bin ich an der Spitze dieser Direktion sehr stolz, diese Feststellung machen zu können. Die Krise ist allerdings noch nicht vorbei. Wir müssen eine zweite zerstörende Welle verhindern und unserer Wirtschaft erlauben, den Kopf zu erheben, um die Beschäftigung und unseren Wohlstand zu bewahren.



Erhöhung der maximalen Kurzarbeitsentschädigung für Führungskräfte und Massnahmen für gewisse Selbständigerwerbende — Nadine Gobet, Grossrätin

Was die Entschädigungen für Kurzarbeit betrifft, so hatten die Führungskräfte in arbeitgeberähnlichen Position nur Anrecht auf einen monatlichen Forfait-Betrag von Fr. 3'320.00, dies obwohl sie Arbeitslosen-Beiträge, einen zusätzlichen Solidaritäts-Beitrag von einem Prozent, sowie Beiträge für den Erwerbsersatz (EO) bezahlen. Dies bedeutet konkret, dass sie viel zu unserem System der sozialen Sicherheit beitragen, wobei sie Beträge erhalten, welche ihre Fixkosten niemals decken. Sie sind mir einverstanden, dass es für sie unmöglich ist, ihre Kosten mit einem Betrag von Fr. 3'320.00

zu decken. Deshalb haben wir schon im Monat April verlangt, dass diese Geschäftsführer gleich wie die Selbständigerwerbenden behandelt werden, die einen maximalen Betrag von Fr. 5'880 pro Monat erhalten, was einer Differenz von Fr. 2'560.00 pro Monat entspricht und dies rückwirkend.

Die Kantone Wallis und Genf haben ebenfalls eine solche zusätzliche Massnahme beschlossen, welche erlaubt, die Ungleichbehandlung zwischen Geschäftsführer als Firmenbesitzer und Selbständigerwerbende, die den gleichen Handel betreiben, zum Beispiel ein Restaurant, und die unterschiedlich behandelt werden, zu beenden.

Was den Erwerbsersatz (EO) betrifft, so war es vielen Selbständigerwerbenden unmöglich zu arbeiten, nicht wegen der von den Behörden beschlossene Schliessung, sondern weil sie einfach keine Kunden aufgrund der einschränkenden Massnahmen oder weil sie die Hygiene- und Distanzvorschriften nicht einhalten konnten. Dabei handelt es sich um Grafisten, Kommunikations-Agenturen, Erwachsenenbildner, Dienstleister, Ihr Osteopath, Ihr Garagist, Ihr Optiker.

Für Selbständigerwerbende sind Erwerbsersatz-Entschädigungen vorgesehen, sofern das jährliche Einkommen ihrer Aktivität zwischen 10'000 und 90'000 Franken liegt. Wer ein Einkommen von mehr als 90'000 Franken hat, erhält 0 Franken, obwohl es sich um Väter und Mütter handelt, die auf ihr Einkommen angewiesen sind, um ihre Familie zu ernähren. Wir haben deshalb verlangt, und dies auch erhalten, dass diese Freiburger Selbständigerwerbende ebenfalls in den Genuss dieser Erwerbsersatz-Entschädigungen gelangen, um ihren Umsatzverlust auszugleichen.

Reform der Pensionskasse des Staatspersonals – Claude Brodard, Grossrat

Es handelt sich hier um ein besonders emotionales Projekt, das mehr als 20'000 Personen betrifft, die der Pensionskasse des Staatspersonals angeschlossen sind, also die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staates sowie die Lohnbezüger der angeschlossenen Arbeitgeber wie das Freiburger Spital zum Beispiel. Mit dem Ziel, die erworbenen Rechte zu erhalten, werden die Konditionen der heutigen Rentnerinnen und Rentner – es sind mehrere Tausend - nicht angetastet. Dieses Projekt betrifft indirekt auch jeden Freiburger Steuerzahler, welcher mit seinen Steuern einen kleinen Anteil der Reform mitfinanziert.



Wenn es unabdingbar ist, diese Reform durchzuführen, so deshalb, weil mit dem aktuellen Gesetz die Renten mittel- und langfristig nicht mehr gesichert sind. Einerseits gehen die Renten-Leistungen für die Aktiven zurück, andererseits verschlechtert sich das Verhältnis zwischen den Aktiven und den Rentnern ständig, dies aufgrund der erhöhten Lebenserwartung. Die Vorschriften des Bundes verlangen einen minimalen Deckungsgrad von 80 Prozent, dies muss bis 2052 erreicht werden. Ohne Reform wird es unmöglich sein, dieses Ziel von 80 Prozent zu erreichen. Das ist eine mathematische und aktuarielle Gewissheit: Die Institution leidet unter strukturellen Mechanismen, die korrigiert werden müssen.

Die hauptsächlich gesetzlichen Änderungen sehen wie folgt aus:

1. Wechsel vom Leistungs- zum Beitrags-Primat, System, das auf den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer baruht. Dieses neue System sichert unserer Ansicht nach die Renten, also die Zukunft der Pensionskasse, und ist sozialer, indem es die junge Generation nicht benachteiligt.
2. Erhöhung der Beiträge um zwei Prozent, finanziert paritätisch vom Arbeitgeber und den Arbeitnehmern.
3. Kompensationen- und Übergangsmassnahmen in der Höhe von 380 Millionen Franken, um die Rentenverluste der 45-Jährigen und älteren abzufedern.
4. Lohnerhöhung um 0,25 Prozent.
5. Neue Definition der Führung des Vorstandes.

Wenn von einer erhofften Rendite von 2,5 Prozent ausgegangen werden kann, Satz, der von der Kommission als angemessen beurteilt wird, so werden die Kosten auf Jahre hinaus auf 1,4 Milliarden Franken geschätzt, die paritätisch getragen werden müssen. Der Freiburger Steuerzahler beteiligt sind daran mit 380 Millionen Franken, die mit den Reserven des Staates finanziert werden, und ist aufgerufen, sich im kommenden November an der Urne zur Reform zu äussern.

Nehmt ebenfalls Kenntnis von unseren zwei neuen Grossräten, **Charly Cotting** (Saane-Land) und **Savio Michellod** (Vivisbach), welche die Nachfolge von Sylvia Baiutti, respektiv von Yvan Hunziker antreten, indem Sie auf den untenstehenden Link klicken :

[Vidéo](#)

